

Dezember 2019

Ratsbericht

Europabüro Brüssel



Ein flexibler Kompromiss – Der Europäische Rat trägt den European Green Deal mit

Europäischer Ratsgipfel am 12. und 13. Dezember 2019

Dr. Hardy Ostry, Frederik Lippe, Kai Gläser, Ludger Bruckwilder, Sophia Pena Pereira

Beim letzten Ratsgipfel dieses Jahres, dem ersten unter der Leitung des neuen Präsidenten Charles Michel, stand das Thema Klima im Mittelpunkt. Mit dem Green Deal hat die neue Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen eine ambitionierte politische Strategie vorgestellt, die die meisten Staats- und Regierungschef willens waren mitzutragen. Allerdings hat das harte Ringen dieses Gipfels gezeigt, dass bei der Finanzierung große Anstrengungen nötig sein werden, um alle Mitgliedsstaaten auf dem Weg zu einem klimaneutralen Kontinent mitzunehmen. Mit Blick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen konnten die Mitgliedsstaaten erneut keine substantiellen Fortschritte erreichen und beauftragten Charles Michel mit der weiteren Verhandlungsführung. Am Ende zweier intensiver Gipfeltage ist bereits absehbar, dass der Junigipfel strategisch wichtige Entscheidungen liefern muss, bevor Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2020 die Ratspräsidentschaft übernehmen wird.

Klima

Hintergrund

Die Klimadebatte hat die EU-Politik seit mehreren Wochen fest im Griff. Das Europäische Parlament rief kürzlich, wenn auch

rein plakativ, den Klimanotstand aus, Ursula von der Leyen reiste an ihrem ersten offiziellen Arbeitstag zur diesjährigen UN-Klimakonferenz (COP25) nach Madrid, und kurz vor dem Ratsgipfel wurde das wohl wichtigste und größte Projekt der neuen EU-Kommission vorgestellt: der European Green Deal. Als „Europas Mondlandungsmoment“ qualifizierte die neue Kommissionspräsidentin am Mittwoch die mit großer Spannung erwartete ehrgeizige „Wachstumsstrategie“ für Europa. Mit dem umfassenden Maßnahmenpaket soll die Europäische Union eine globale Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnehmen und bis spätestens 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Die bis Anfang 2020 geplante Verschärfung des Klimaziels der EU, bis 2030 auf mindestens 50 oder sogar 55 Prozent CO₂ zu reduzieren, steht ganz oben auf dem Fahrplan des Green Deals. Im März 2020 soll ein Klimagesetz folgen, um diesen ambitionierten Zielen Rechtskraft zu verleihen und alle Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des Green Deals in die Pflicht zu nehmen. Der angestrebte Wandel soll eine Chance für wirtschaftliches Wachstum, aber auch für soziale und ökologische Gerechtigkeit bieten und darf laut der Kommission unter keinen Umständen zur Benachteiligung einzelner Regionen oder gesellschaftlichen Gruppen werden. Mit insgesamt 50

Maßnahmen ist der Green Deal nahezu für alle Politikfelder direkt oder indirekt von Relevanz und wird in vielen Bereichen zu tiefgreifenden Veränderungen führen. Zu den Schwerpunkten des Green Deals zählen nachhaltige Strategien in den Themenfeldern Energie, Industrie, kreislauforientierter Wirtschaft, Mobilität, Landwirtschaft, Bauwesen und Sozialleistungen sowie Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität und zur Förderung einer schadstofffreien Umwelt. In diesem Zusammenhang sollen die bisherigen Politikinstrumente, wie zum Beispiel das Emissionshandelssystem, überprüft und ausgeweitet werden.

Doch über allem schwebt letztlich eine entscheidende Frage: die des Geldes. Eine große Herausforderung wird sein, inwieweit die EU-Mitgliedsstaaten bereit sind, dieses Vorhaben finanziell zu unterstützen, und wie groß der Anteil im zukünftigen EU-Haushalt sein wird. Es gilt insbesondere, die durch den Wandel benachteiligten Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn zu überzeugen. Dabei geht es weniger um überzeugende Worte als vielmehr um milliardenschwere Finanzhilfen, die einen „gerechten Übergangsmechanismus“ schaffen sollen. In diesem Zusammenhang soll beispielsweise der Just-Transition Fund den Strukturwandel in den Ländern und Regionen, die von Kohleausstieg betroffen sein werden, fördern und die damit einhergehenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln abfädern.

Entwicklung

Nachdem beim letzten Ratgipfel noch der Brexit die volle Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, setzte der neue Ratspräsident, Charles Michel, das Thema Klima als höchste Priorität auf die Tagesordnung des letzten Ratgipfels dieses Jahres. 25 Staaten bekannten sich bereits vor Beginn der Verhandlungen zur Klimaneutralität bis 2050. Wie zu erwarten, verliefen die Verhandlungen nicht ohne Widerstand der kohleabhängigen Staaten, Polen, Ungarn und Tschechien, die schon im Vorfeld Bedenken hinsichtlich der Umsetzung des Klimaziels

äußerten. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 stellt insbesondere die Visegrád-Staaten, bedingt durch den hohen Kohleannteil an ihrer Energieerzeugung, vor große finanzielle Herausforderungen. Polens Premierminister, Marek Morawiecki rechnet für sein Land mit Kosten von 505 Mrd. Euro für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Er fordert von der EU konkrete finanzielle Garantien und Investitionsmaßnahmen, bevor sich sein Land zu diesem Ziel bekennt. Während der Verhandlungen schlug er außerdem vor, das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 auf das Jahr 2070 zu verschieben.

Zu Beginn der Verhandlungen stellte sich Tschechien gegen die 25 Mitgliedsstaaten und stieß mit seiner Forderung, Atomkraft als grünen Strom anzuerkennen, insbesondere bei den Atomkraftgegnern Luxemburg, Österreich sowie Deutschland auf Unmut. Der Vorwurf, dass Tschechien künftig mit EU-Fördermitteln seine Atomkraft ausbauen wolle, entfachte eine hitzige Debatte über die zukünftige Energieversorgung auf dem Weg zur Klimaneutralität. Tschechien und Ungarn beharrten vehement auf die Notwendigkeit, Atomenergie als Teil des Energiemixes anzuerkennen, um das Klimaziel rechtzeitig bis 2050 zu erreichen. Letztendlich akzeptierten die Staats- und Regierungschefs das Recht, das ohnehin bei den Mitgliedsstaaten liegt, über den Energiemix selbst zu entscheiden. Dabei wurde die Kernenergie sogar als Teil eines nationalen Energiemixes explizit in den Schlussfolgerungen erwähnt.

Unter anderem wegen des Verhandlungserfolgs beim Thema Kernenergie trugen Tschechien und Ungarn den Ratsbeschluss, Europa bis 2050 klimaneutral machen zu wollen, mit; Polen hingegen hielt an seinem Widerstand fest. Trotz der eigentlich benötigten Einstimmigkeit im Rat verkündigte Charles Michel den Beschluss des Rats, das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 – mit Ausnahme von Polen – zu unterstützen. Nach den stundenlangen Verhandlungen zeigten sich Charles Michel und Ursula von der Leyen auf der Pressekonferenz um ein 1

Uhr nachts, sichtlich erleichtert über den ausgehandelten Kompromiss und betonten, die Entscheidung Polens zunächst zu berücksichtigen und im Juni 2020 erneut im Rat zu besprechen. Angela Merkel bewertet das Bekenntnis des Europäischen Rates ebenfalls positiv und bezeichnet das Ergebnis insgesamt als einen „große[n] Fortschritt“. Darüber hinaus zeigte sie für Polen, das Land „mit der schwierigsten Ausgangslage unter allen EU Staaten“, großes Verständnis und begründete dies mit den bisherigen Erfahrungen aus dem Strukturwandel in Deutschland.

Kommentar

Der ‚flexible‘ Kompromiss, der von den Staats- und Regierungschefs ausgehandelt wurde, wird seitens des Rats als Erfolg in Sachen Klimaschutz gewertet. Unter normalen Umständen hätte die nicht einstimmige Entscheidung zur Klimaneutralität vertagt werden müssen. Relevanz und Aktualität des Themas erlaubten jedoch nicht, dass Charles Michel gerade bei der ersten Ratsitzung unter seiner Leitung die Agenda vertagt. Auch für die neue Kommissionspräsidentin, mit ihrem Green Deal im Gepäck, wäre es ein herber Rückschlag gewesen. Das Entgegenkommen in Sachen Atomenergie zeigt, unter welchem massivem Druck der Rat sich derzeit befindet, und wie händeringend versucht wird, trotz der ausstehenden Finanzierungsfrage, eine schnelle Lösung zu finden. Tschechien argumentiert nachvollziehbar, dass die Atomkraft eine CO₂-freie Energiequelle sei, aber dennoch widerspricht die Nutzung von Atomkraft dem im Green Deal vorgeschlagenen Ziel der Nullverschmutzung, denn es gibt bislang keine langfristige Lösung für die Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls.

Insgesamt scheinen die Ambitionen für einen grünen Wandel die eigentlich viel dringendere Frage nach der Finanzierung zu überlagern. Diesen Ratsgipfel könnte man als ersten Vorgeschmack für die kommenden Verhandlungen über die Finanzierung des Green Deals werten. Es bleibt fraglich, ob die polnische PiS Regierung, die im Zuge der Europawahlen als EU-kritische Partei

mit Abstand die meisten Stimmen in Polen gewann, die Klimadebatte weiter strapazieren und neue Forderungen an die EU stellen wird, oder ob sie letztlich doch einlenkt, möglicherweise sogar aufgrund des Drucks der eigenen Landsleute. Eine Studie von Kantar Poland zeigt auf, dass sich 69 Prozent der polnischen Bevölkerung für Polens Bekennung zum Klimaziel aussprechen. Die EVP-Parteienfamilie bekannte sich schon im Vorfeld des Gipfels deutlich zur Klimaneutralität bis 2050 und zum Green Deal, wie der ehemalige Präsident des Europäischen Rats und neuer Präsident der Europäischen Volkspartei in einem Interview am Donnerstagvormittag, Donald Tusk, bekannt gab.

Mehrjähriger Finanzrahmen

Hintergrund

Die Ende des Jahres auslaufende finnische Ratspräsidentschaft ist nach Österreich und Rumänien bereits die dritte Präsidentschaft, die sich mit den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 befasst. Bereits im Vorfeld des Europäischen Rats im Oktober hatte der damalige Ministerpräsident, Antti Rinne, nach langwierigen Verhandlungen mit allen 27 Mitgliedstaaten, die sich nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs am neuen EU-Haushalt beteiligen, einen Vorschlag vorgelegt, der eine Drittelung des Budgets in Landwirtschaftspolitik, Kohäsionspolitik und alle anderen Politikfelder vorsah. Eine im Papier ebenfalls vorgesehene Koppelung an Rechtsstaatlichkeit, Migrations- und Klimapolitik stieß dabei jedoch vor allem bei den Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei auf Widerstand und wurde schließlich verworfen. Die erst vor wenigen Tagen vom finnischen Parlament gewählte neue Ministerpräsidentin, Sanna Marin, stellte nun eine leicht modifizierte Verhandlungsbox vor, die ein Gesamtvolumen von rund 1,8 Billionen Euro vorsieht. Dies entspräche rund 1,07 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27.

Die Mitgliedsstaaten sind sich jedoch weiterhin nicht darüber einig, ob eine Erhöhung der Beiträge grundsätzlich gewünscht ist. Seit die Europäische Kommission in ihren MFR-Vorschlägen vom Mai 2018 eine Erhöhung von 1,0 Prozent auf rund 1,11 Prozent des BNEs vorgeschlagen hatte, sind die Mitgliedsstaaten in ihren Meinungen zu diesem Vorschlag gespalten. Während die Kommission und einige Mitgliedstaaten darauf pochen, dass nur durch diese Erhöhung die wegfallenden Beiträge des Vereinigten Königreichs ausgeglichen und gleichzeitig neue Themenfelder, wie Klimaschutz und Migrationspolitik adäquat adressiert werden können, beharren vor allem Österreich, Dänemark, die Niederlande und Schweden auf dem bisherigen Prozentsatz. Unabhängig vom letztlich prozentualen Anteil, mit dem sich jeder Mitgliedsstaat an der Finanzierung des neuen Haushalts beteiligen wird, sprach sich in einer repräsentativen Umfrage der Europäischen Bewegung Deutschlands (EBD) eine Mehrheit der Deutschen dafür aus, vor allem in Klimaschutz, Bildung und Innovation zu investieren und folgt damit den Leitlinien der neu ins Amt gekommenen Europäischen Kommission.

Entwicklungen

Nachdem beim vergangenen Ratsgipfel im Oktober lediglich bereits bekannte Standpunkte ausgetauscht wurden, in der Sache jedoch keinerlei Fortschritte erzielt werden konnten, lag nun ein besonderes Augenmerk auf dem Dezember-Gipfel. Ratspräsident Michel hatte bereits in seinem Einladungsschreiben betont, dass mit Blick auf den kommenden EU-Haushalt der nächste Verhandlungsschritt folgen müsse, und es nicht damit getan sei, bereits bekannte Positionen zu wiederholen. Anstatt Maximalforderungen stetig erneut vorzutragen, müssten alle Seiten Zugeständnisse machen, die Schwerpunkte des Haushalts festlegen und zu einer finalen Einigung kommen.

Tatsächlich wurden jedoch auch während des Dezember-Gipfels keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Nach Vorstellung der finnischen Verhandlungsbox erörterten die Staats- und Regierungschefs die wichtigsten Elemente des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU, ohne dabei jedoch konkrete Einigungen zu erzielen. In der Abschlusserklärung unterstrichen die Staats- und Regierungschefs lediglich, dass der neue EU-Haushalt maßgeblich zu den Klimaschutzziele der Union beitragen solle und beauftragten den neuen Ratspräsidenten damit, die Verhandlungen fortzuführen und zu einem baldigen Ende zu bringen. Da die finnische Ratspräsidentschaft am 31. Dezember 2019 ausläuft, wird sich neben Charles Michel auch die kroatische Ratspräsidentschaft mit den Verhandlungen beschäftigen müssen.

Kommentar

Da die Staats- und Regierungschefs in den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen erneut keine substanziellen Fortschritte erzielen, wächst der Druck, im Jahr 2020 zu einer Einigung zu kommen. Zwar wird sich auch die kroatische Ratspräsidentschaft der Thematik annehmen, es bleibt jedoch abzuwarten, ob ein Durchbruch in der ersten Jahreshälfte gelingen kann. Die für viele Beobachter wahrscheinlichere Option ist, dass die Verhandlungen erst während der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 und damit weniger als ein halbes Jahr vor Beginn des neuen Rahmens abgeschlossen werden können. Deutschland müsste dann – wie bereits bei vorherigen Ratspräsidentschaften – als neutraler Mittler auftreten und die Interessen aller Mitgliedsstaaten berücksichtigen, um zu einem europäischen Kompromiss zu kommen. Aufgrund der Tatsache, dass durch einen späteren Abschluss der Verhandlungen auch von der EU finanzierte Projekte nur noch eingeschränkt bedient werden können, wäre ein schneller Abschluss der Verhandlungen dennoch die wünschenswertere Option.

Brexit

Hintergrund

Nachdem seit dem Referendum, in dem sich das Vereinigte Königreich mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden hatte, bereits über drei Jahre vergangen waren, schien der Oktober-Gipfel des Europäischen Rats den Durchbruch vollbracht zu haben. Nachdem ein vormals von Theresa May und der EU ausgehandelter Deal im britischen Unterhaus mehrfach abgelehnt worden war, einigten sich die EU-27 und die Regierung in London unter dem neuen Premierminister Boris Johnson auf ein neues Austrittsabkommen, in dem vor allem die heikle Frage zur künftigen Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland geklärt wurde. Durch eine Verlegung der Zollgrenze in die Irische See soll es zwischen dem dann aus der Zollunion und dem Binnenmarkt ausgetretenen Norden und dem nach wie vor innerhalb der EU stehenden Süden der Insel keine festen Grenzkontrollen geben.

Nachdem der neue Deal im britischen Unterhaus zunächst nicht zur Abstimmung gestellt wurde, und das anvisierte Austrittsdatum, der 31. Oktober 2019, immer näher rückte, beantragte das Vereinigte Königreich eine weitere Fristverlängerung, welche von der Europäischen Union gewährt wurde, um eine Ratifizierung des Abkommens durch das britische Parlament zu ermöglichen. Als neues Austrittsdatum wurde der 31. Januar 2020 festgelegt. Gleichzeitig wurde jedoch auch festgeschrieben, dass das Vereinigte Königreich die Union früher verlassen könne, sofern das Austrittsabkommen zuvor von beiden Seiten ratifiziert worden sei. Im Zuge dieses Prozesses stimmte eine Mehrheit der Parlamentarier im Unterhaus für Neuwahlen, welche für den 12. Dezember festgesetzt wurden. Dies war auch der Grund, warum der britische Premierminister als einziger Regierungschef nicht am Treffen des Europäischen Rats teilnahm.

Entwicklungen

Die Mitgliedsstaaten nahmen zunächst das Wahlergebnis im Vereinigten Königreich zur Kenntnis. Die konservative Partei um Premierminister Johnson gewann mit ihrem Slogan „*Get Brexit done*“ eine absolute Mehrheit und kann sich in Zukunft auf einen breiten Rückhalt im Unterhaus stützen. Ein Austritt des Vereinigten Königreichs zum 31. Januar 2020 ist damit deutlich wahrscheinlicher geworden. Gleichzeitig beschäftigte sich der Europäische Rat jedoch auch schon mit weiterführenden Fragen, wie der Thematik der zukünftigen Beziehungen beider Seiten.

Die Staats- und Regierungschefs betonten in den Brexit-Gesprächen nochmals, dass sie an einem geordneten Austritt auf Grundlage des Abkommens festhalten und unterstrichen, dass man möglichst enge zukünftige Beziehungen anstrebe, die auf einem ausgewogenen Verhältnis von Rechten und Pflichten beruhen. Mit Blick auf die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen ersucht der Europäische Rat die Kommission, unmittelbar nach Austritt des Vereinigten Königreichs den Entwurf eines umfassenden Mandats für die Verhandlungen vorzulegen. Außerdem begrüßten die Staats- und Regierungschefs ausdrücklich die Wiederernennung von Michel Barnier als Beauftragter für die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich.

Kommentar

Durch die Wahlentscheidung der Bürger in Großbritannien und Nordirland scheint die lange Hängepartie um den erstmaligen Austritt eines Mitgliedsstaates aus der Europäischen Union so gut wie beendet zu sein. Mit der deutlichen Parlamentsmehrheit sollte die konservative Regierung in London den mit der EU ausgehandelten Deal verabschieden können. Ersten Verlautbarungen zufolge, könnte dieser Schritt bereits in einer der ersten Sitzungen des

neuen Parlaments in der kommenden Woche vollzogen werden. Unabhängig von der Frage, ob man dem Austritt des Landes positiv oder negativ gegenübersteht, verschafft das Wählervotum aller Voraussicht nach zügig Klarheit und ermöglicht der EU, sich nach über drei Jahren voller Brexit-Agenden endlich wieder verstärkt um andere Themen zu kümmern. Nichtsdestoweniger müssen auch die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen mit großer Sorgfalt geführt werden, um sicherzustellen, dass beide Seiten – jenseits von der ebenso notwendigen wie klaren Unterscheidung zwischen Mitglieds- und Drittstaaten – möglichst wenige tiefgreifende Einbußen hinnehmen müssen.

Außenpolitische Themen

Auch einige wichtige außenpolitischen Themen standen auf der Tagesordnung des Ratsgipfels, allerdings widmeten die Staats- und Regierungschefs diesen angesichts der ausgedehnten Verhandlungen zum Thema Klimaschutz insgesamt nicht allzu viel Zeit. Dennoch gab es wichtige Beschlüsse.

Routinemäßig mutet der Beschluss an, das Sanktionsregime der EU gegenüber Russland, welches seit Juli 2014 in Kraft ist, um weitere sechs Monate zu verlängern (1. Februar – 31. Juli 2020). Ein Sprecher von Ratspräsident Charles Michel gab dies via Twitter bekannt. Die Verlängerung war in der Vergangenheit immer wieder so gehandhabt worden, zuletzt im Juni 2019. Allerdings ist mit dem ersten Treffen nach fast drei Jahren im sogenannten Normandie-Format (Deutschland, Frankreich, Ukraine, Russland) Anfang der Woche in Paris ein neuer Anlauf unternommen worden, diplomatische Bewegung in die festgefahrene Lage im Ukrainekonflikt zu bringen.

Die Sanktionen der EU zielen vor allem auf Russlands Energie-, Finanz- und Rüstungssektor ab. Eine Lockerung oder gar gänzliche Aufhebung der Sanktionen ist an die konkrete Umsetzung des sogenannten Minsker Friedensprozesses geknüpft, dem sich die Ukraine und Russland 2015 verpflichtet hatten. Dieser sieht schrittweise

den Rückzug schwerer Artillerie von der Frontlinie vor, die Rückgewinnung der Kontrolle seitens der Ukraine über die Außengrenzen sowie größere Autonomierechte und Wahlen im Donbass. Bisher scheiterten allerdings sämtliche Anläufe eine Waffenruhe herzustellen, sodass laut UN-Angaben seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine etwa 13.000 Menschen gestorben sind.

Mit der Wiederbelegung des Normandie-Formats mit dem neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ist die Hoffnung verbunden, Fortschritte im Rahmen der Roadmap des Minsk-Prozesses zu erzielen. Konkret wurde verabredet, in ersten Schritten eine Waffenruhe zu schaffen und einen umfassenden Gefangenenaustausch bis zum Jahresende vorzunehmen. Sollte dies gelingen, könnte mittelfristig der Friedensprozess wieder in Gang kommen, was langfristig Auswirkungen auf das Sanktionsregime der EU hätte.

Diese Entwicklungen wurden auch während des Ratsgipfels diskutiert. Litauens Präsident Gitanas Nausėda brachte es bezüglich der Verlängerungen der Sanktionen auf den Punkt: „Die Sanktionen müssen verlängert werden, da ich denke, dass Russland gerade jetzt Motivation braucht, all die gemachten Versprechungen zu implementieren.“

Erneut thematisierte der Rat die Handlungen der Türkei im östlichen Mittelmeer und bekräftigte Schlussfolgerungen früherer Sitzungen aus dem März, Juni und Oktober. Der Konflikt um Seegrenzen und Gasfelder im Mittelmeer hat sich Ende November nochmals verschärft, da die Türkei und Libyen ein Seeabkommen geschlossen hatten, welches die Seegrenzen zwischen beiden Staaten neu absteckt. In den EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und Zypern, aber auch in Ägypten hatte das Seeabkommen große Kritik ausgelöst. Der Rat bekräftigte unmissverständlich seine Solidarität mit Griechenland und Zypern und erklärte: „Die Vereinbarung [...] verletzt die Hoheitsrechte dritter Staaten, ist nicht mit dem Seerecht vereinbar und kann keine Rechtswirkung für dritte Staaten entfalten.“

Nachdem bereits Ursula von der Leyen als frisch ins Amt gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission mit ihrer ersten außereuropäischen Reise, die sie nach Äthiopien führte, ein deutliches Zeichen gesendet hatte, dass man künftig ein höheres Augenmerk auf die Beziehungen zu Afrika legen möchte, erklärten nun auch die Staats- und Regierungschefs, beim Ratsgipfel im Juni 2020 die Beziehungen zu Afrika als herausgehobenes Thema auf die Agenda setzen zu wollen. Konkret forderten sie die Kommission und den hohen Vertreter auf, die notwendigen Grundlagen zu schaffen, um im Juni eine strategische Aussprache über das nächste Gipfeltreffen von EU und Afrikanischer Union führen zu können. Man darf also unter der Führung von Ursula von der Leyen und Charles Michel auf neuen Schwung in den EU-Afrika-Beziehungen hoffen.

Wirtschafts- und Währungsunion

Hintergrund

Die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion wurde zuletzt bei dem diesjährigen Ratsgipfel im Juni besprochen. Dort war sie neben den Personaldebatten rund um die Besetzung der EU-Top-Jobs jedoch nicht mehr als eine Randnotiz. Inhaltlich geht es bei der Debatte um eine Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), ein Haushaltsinstrument für die Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC) sowie die Stärkung der Bankenunion. Im Vorfeld des EU-Gipfels hatte die mit der Thematik beauftragte Euro-Gruppe zwar eine grundsätzliche Einigung verkündet, doch die Finanzierung der Reformen sorgte in einigen Mitgliedsstaaten für hitzige Debatten.

Entwicklung

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, die Euro-Gruppe unter Vorbehalt der nationalen Verfahren damit zu beauftragen, die Arbeit am ESM-Reformpaket fortzusetzen und weiter an der Stärkung der Bankenunion zu arbeiten. Außerdem sprachen sie sich für eine rasche Lösung der Finanzierung des Haushaltsin-

strumentes für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit aus, damit dieser bei den Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) berücksichtigt werden kann. Als Ziel wird weiter daran festgehalten, die internationale Rolle des Euro zu stärken, um dem weltweiten wirtschaftlichen und finanziellen Gewicht der Union zu entsprechen. Spätestens im Juni 2020 wollen sich die Staats- und Regierungschefs erneut mit der Thematik befassen.

Verkompliziert wurde der Euro-Gipfel durch Portugal und Italien, welche Bedenken hinsichtlich eines zukünftigen Haushalts der Eurozone und einer geplanten Aufstockung des Rettungsfonds der Eurozone äußerten. Ursula von der Leyen betonte in ihrer anschließenden Pressekonferenz vor allem die wichtige Rolle des Euro für die EU: „Ein starkes Europa braucht einen starken Euro.“ Sie strebt zudem eine schnelle Implementierung der vorgesehenen Maßnahmen an und betont, dass es ein gemeinsames Verständnis unter den Mitgliedsländern dazu gibt. Charles Michel sagte, es müsse weiter ambitioniert an der Reform gearbeitet werden, während Angela Merkel lediglich von „Detailarbeit“ sprach, die noch zu erledigen sei.

Kommentar

Neben dem Thema Brexit bzw. dem Ergebnis der Wahlen im Vereinigten Königreich fand das Thema Wirtschafts- und Währungsunion am zweiten Tag des Ratsgipfels vergleichsweise wenig Beachtung. Eine Einigung wurde nicht erzielt, stattdessen wurden Willensbekundungen ausgesprochen und eine Lösung in das nächste Jahr verschoben. Emmanuel Macron nannte die Ergebnisse „unzureichend“ und sieht die Wirtschaftspolitik der EU angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen als nicht angemessen an. Ursula von der Leyen fasste die Ergebnisse etwas positiver zusammen: „Es ist noch viel Arbeit zu erledigen, aber es geht in die richtige Richtung.“ Eine Fortsetzung hierzu wird somit im Juni 2020 erwartet. Ohne den Dauerbrenner „Brexit“, der zu dieser Zeit

vollzogen sein sollte, müssen die Staats- und Regierungschefs dann endlich liefern.

Weiteres

Die Konferenz zur Zukunft Europas

Die für zwei Jahre angesetzte „Konferenz zur Zukunft Europas“ stellte einen weiteren Punkt auf der Agenda des Europäischen Rates dar. Charles Michel sicherte dem Europäischen Parlament die Zusammenarbeit hinsichtlich der Ausarbeitung und Umsetzung der Konferenz zu. Die bald beginnende kroatische Ratspräsidentschaft wird somit die Aufgabe übernehmen, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament den Inhalt und den Rahmen der Reformkonferenz zu erarbeiten.

Mit der überraschenden Veröffentlichung des „Non-Papers“ der deutschen und französischen Regierung Ende November wurden zum ersten Mal, seit der Bekanntgabe dieses Vorhabens, inhaltliche Eckpunkte genannt. Beginnen soll die Konferenz mit der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020. Aus dem Non-Paper geht hervor, dass zunächst Themen wie transnationale Wahllisten, das Spitzenkandidatensystem und die Frage der Bürgerbeteiligung an EU Angelegenheiten behandelt werden sollen. Daraufhin sollen weitere Expertentreffen sowie Bürgerdialoge folgen und in der zweiten Jahreshälfte 2022 im Zuge der französischen Ratspräsi-

dentschaft zu konkreten Ergebnissen führen. Die Medien griffen die deutsch-französische Initiative weniger als einen konkreten Planungsschritt als vielmehr einen Versuch auf, die immer noch funktionierende deutsch-französischen Zusammenarbeit unter Beweis zu stellen. Da es sich bei dem Non-Paper offensichtlich um eine direkte Koproduktion des Bundeskanzleramtes und des Élysée-Palastes handelt, ist diese Einschätzung nicht von der Hand zu weisen.

Hatte anfänglich die Überlegungen zur Konferenz zur Zukunft Europas noch teilweise verunsicherte Reaktionen provoziert ob des exakten Formats willen verursacht, dürfte nunmehr deutlich sein, dass damit kein neuer Konvent und folglich auch keine Vertragsveränderungen verbunden sind. Wie verbindlich und operational das Unternehmen dann jedoch sein kann und wird, muss Anfang 2020 konkreter gefasst werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)